

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gelbte Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Plabvorchrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gelbte Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Prinzipielle Einigung der neuen Koalition.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestrigen Beratungen der Koalitionsparteien haben, wie das Berliner Tageblatt hört, eine prinzipielle Einigung über die Verbreiterung der Koalition und des Kabinetts herbeigeführt. Strittig sei nur die Steuerfrage oder richtiger „das Problem der Sachwerte“. Die Volkspartei erklärte sich aber bereit, Vorschläge nach dieser Richtung hin zu machen. Die Personenfrage sei bisher noch nicht erörtert worden. Am Sonnabend soll die Besprechung der Fraktionsführer beim Reichskanzler wieder aufgenommen werden. Bis dahin hofft man eine geeignete Grundlage für eine Verständigung über die Steuerfrage gefunden zu haben.

Die heutige Reichstagsitzung.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der heutigen Sitzung des Reichstages liegen zunächst kleine Anfragen vor, sodann werden zwei Anträge der Unabhängigen und Deutschen Nationalen zur Behandlung kommen, die die Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. August zum Schutz der Republik fordern. Nach der Begründung wird der Reichskanzler das Wort zu einer großen Rede ergreifen. Er wird die Anträge beantworten und im Anschluß daran auf die bayerische Frage, sowie die gesamte innen- und außenpolitische Lage eingehen.

Ein weiterer Gesetzesentwurf zum Schutz der Republik.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages soll ebenfalls ein Gesetzesentwurf zum Schutz der Republik eingebracht werden.

Der Deutsch-amerikanische Friedensvertrag vor dem Reichstag.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der Auswärtige Ausschuh des Reichstages beriet gestern den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag, der heute im Plenum erörtert werden soll. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt. Nach mehrstündiger Aussprache beschloß der Ausschuh auf Anregung des Vorsitzenden Stresemann bei vier Stimmhaltungen, dem Reichstag die Zustimmung zu dem Gesetz über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag zu empfehlen.

Die Programmaussprache im bayerischen Landtag.

München, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die gestern beginnende Programmaussprache im bayerischen Landtag über die Programmrede des Ministerpräsidenten Graf Lechensfelds wurde verbunden mit der Behandlung der Interpellation der USP. wegen des neuerlichen Verbots der Berliner Freiheit in Bayern. Mit dem Antrag Nikisch (USP.) auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes und mit der Interpellation der SPD., die sich mit den Mißständen und Mißbräuchen in Polizei- und Justizverwaltung befaßt. Als erster Redner sprach Abgeordneter Stang (Bayr. Vp.). Seine Rede war beherrscht von dem alten bayerischen Feldgeschrei „für Ruhe und Ordnung“. Die Auseinandersetzungen zwischen Bayern und dem Reich hätten viel von ihrer Schärfe verloren, wenn sich der Reichskanzler Wirth seiner verantwortungsvollen Stellung bewußt gewesen wäre und nicht Bedrückungsgeschichten ausgetischt hätte. Durch die jetzt abgeänderte Verordnung sei das Ziel der Wahrung der bayerischen Polizei- und Verwaltungshoheit erreicht. Nach heftigen Angriffen gegen die Mittelpartei (Deutschnationale) erklärte der Redner, die neue Regierung habe kein neues Programm, sondern halte fest an dem alten Koalitionsprogramm, das bedeute aber keine slavische Kopie früherer Methoden, sondern nur die Zielsetzung sei die gleiche geblieben. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung erkläre er als oberstes Staatsprinzip und forderte nochmals die Einrichtung eines Staatspräsidenten für Bayern und ein Reichsgesetz, das die Zuständigkeit des Reiches und der Länder aus Artikel 48 Absatz 5 der Reichsverfassung genauestens abgrenzt.

Abgeordneter Sängler (SPD.) läßt Kritik an den Polizei- und Rechtszuständen in Bayern. Die Sicherheit in München sei unter Pöchner nicht größer als in andern Städten. Und die Zahl der unangeführten politischen Morde in München sei von keiner Großstadt erreicht worden. Sängler verlangt Aufklärung, wie die Regierung den Mißständen in Polizei und Justiz abzuhelfen will. Schließlich erklärt er, daß seine Partei den neuen Ministerpräsidenten nach seinen Taten beurteile. Sie treibe nicht Opposition um der Opposition willen. Wenn der Ministerpräsident rücksichtslos für den Schutz der Republik einträte, dann könne er auf die Unterstützung der SPD. rechnen. Er möge sich aber

merken, daß heute kein Regierungspräsident auf die Dauer gegen sozialdemokratische Arbeiter regieren könne.

Zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Köln, 30. September. Ueber die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen wird gemeldet: Die internationalisierte Rheinlands-Kommission hat die in Besold der Londoner Beschlüsse erlassenen Verordnungen im besetzten Gebiet mit Wirkung vom 30. September, abends 12 Uhr, unter Vorbehalt aufgehoben, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Unberührt bleibt die Gültigkeit der auf Grund der aufgehobenen Verordnung geläufigen Akte, erworbenen Rechte und übernommene Verbindlichkeiten. Die von den Alliierten ausgestellte Freiliste bleibt für die Dauer von drei Monaten bestehen, ferner die Freiheit des Verkehrs mit Postpaketen bis zu fünf Kilo über die Westgrenze des besetzten Gebietes für einen Monat.

Nach einer Meldung aus Bad Ems wurde vom Auswärtigen mitgeteilt, daß infolge der Aufhebung der Rheinlinie auch das Ein- und Auswärtigenamt aufgelöst werde. Das Amt hat von Berlin Anweisung erhalten, sämtlichen Angestellten mit dem 30. September zu kündigen.

Auflösung der Militärkontrollkommissionen?

Der Pariser Mitarbeiter der Leipz. N. N. meldet: Ich glaube gut unterrichtet zu sein, wenn ich mitteile, daß die alliierte Militärkontrollkommission vom November ab in ihrer bisherigen Form zu bestehen aufhören wird. England und Italien sind jedenfalls entschlossen, ihre Mitglieder aus Deutschland zurückzuziehen. Die Haltung Frankreichs steht noch nicht fest. Es ist möglich, daß dieser Staat keine Kontrolle in Deutschland mehr einrichten will. Jedenfalls wird eine bedeutende Verringerung des Personals stattfinden.

Vor der Entscheidung in Oberschlesien.

Berlin, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Während eine unbefähigte Pariser Meldung besagt, daß die Lösung der oberschlesischen Frage wahrscheinlich in der Anerkennung der Sperrlinie gefunden werden wird, behauptet Daily Telegraph, daß Katowitz und Königshütte zusammen mit Pösch und Rybnitz wahrscheinlich an Polen gegeben werden sollen, während Deutschland das übrige unkontrollierte Gebiet erhalten soll. Eine internationalisierte Kommission werde mit der Ueberwachung der Durchführung dieser Entscheidung beauftragt werden, bis die notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen einschließlich des Baues einer Eisenbahn durchgeführt seien. Die Ueberwachung werde also solange erfolgen, bis die zwei getrennten Teile unabhängig voneinander bestehen können, ohne daß sie sich gegenseitig wirtschaftlich schädigen. Die Entscheidung sei zwar noch nicht gefallen, aber das Blatt behauptet, daß die endgültigen Vorschläge ungefähr wie angegeben ausfallen werden.

Wiesch, 29. September. Nach der Neuen Züricher Zeitung wird die Entscheidung des Völkerbundesrates in der oberschlesischen Frage für den 5., spätestens aber für den 9. Oktober erwartet. Die Fühlungnahme mit den deutschen und polnischen Delegierten soll morgen und am Sonntag noch fortgesetzt werden.

Oppeln, 28. September. Der Völkerbundsrat hat als Vertreter der oberschlesischen Industrie folgende Persönlichkeiten zum Zwecke der Berichterstattung nach Genf berufen: Von deutscher Seite Bergart Dr. Geisenheimer, Geschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännlichen Vereins, und Gewerkschaftssekretär Karger vom Bezirksrat der freien Gewerkschaften, als Vertreter der polnisch gesinnten Bevölkerungsteile Oberschlesiens: Herr Gr ob i a n o w s k i, der früher für den Berg- und Hüttenmännlichen Verein tätig war, und Gewerkschaftssekretär K o t t, der an der Spitze der polnischen Berufsvereinigungen steht.

Denkschriften über Oberschlesien.

Genf, 30. September. (N.) Der deutsche Generalkonsul in Genf hat gestern dem Generalsekretariat des Völkerbundes die Abschrift einer Note übergeben, die die deutsche Regierung auch den alliierten Regierungen zugehen lassen wird. Die Note enthält verschiedene Denkschriften der Wirtschaftsverbände, Handelskammern, Gewerkschaften und der bayerischen Gewerkschaften in Oberschlesien. Diese Verbände, so erklärt die Note, haben die deutsche Regierung gebeten, ihre Denkschriften den alliierten Regierungen zu übermitteln. Die Denkschriften sollen den Nachweis erbringen, daß die große Masse der oberschlesischen Bevölkerung wünsche, daß Oberschlesien, ungeteilt bei Deutschland verbleibe.

Strengere Absperrung der deutsch-polnischen Grenze.

Beuthen, 28. September. (N.) Seit Montag macht sich eine auffällige Verstärkung der englischen Truppen an der deutsch-polnischen Grenze bemerkbar. Wie verlautet, beschäftigt das englische Hauptquartier, die Grenzsperrung strenger als bisher zu handhaben, um den Grenzübertritt zweifelhafter Elemente für die Zukunft völlig zu unterbinden. Der Grenzschutzdienst wird von deutschen Grenzschutzbeamten gemeinsam mit englischem Militär ausgeübt. Diese Maßnahmen sind besonders im Hinblick darauf getroffen worden, daß in der letzten Zeit der Waffenstillstand in auffälliger Weise zugenommen hat. In den letzten Tagen sind wieder eine Anzahl von Schmugglern festgenommen worden, bei denen Infanteriegewehre, Karabiner und reichliche Munition vorgefunden wurde.

Die Erfolge von Görlich.

Von Rud. Breitscheid.

Die bürgerlichen Blätter versichern, daß auf einem politischen Abendessen, das am Mittwoch beim Reichskanzler Dr. Wirth stattgefunden hat, zwischen den heutigen Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei alles ins Lot gekommen sei. Man habe sich über die Grundlinien der äußeren und der inneren Politik geeinigt, dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung stehe nichts mehr im Wege und Herr Wirth werde Reichskanzler bleiben.

Ob diese Nachricht im vollen Umfange zutrifft, mag dahingestellt sein. Wir sind sogar geneigt, einstweilen noch einige kleine Fragezeichen dahinter zu setzen. Soviel aber steht auf jeden Fall fest: es haben neue Verhandlungen stattgefunden, und diese Tatsache genügt, um die parteioffiziösen Versuche der rechtssozialistischen Presse, dem Görlicher Beschluß eine harmlose Auslegung zu geben, als Schwindel zu entlarven.

Angesichts der nicht unbeträchtlichen Opposition im eigenen Lager waren die sozialdemokratischen Führer in den letzten Tagen ein wenig unruhig geworden, und sie bemühten sich um den Nachweis, daß die Resolution des Parteitages keineswegs zu einem Zusammengehen mit der Volkspartei verpflichtete. Sie solle vielmehr eine Basis für Verhandlungen mit allen Gruppen bieten, und selbstverständlich werde man zunächst die unabhängige „Bruderpartei“ über ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit befragen. Das werde, so wurde laut verkündet, von der Tribüne des Reichstages aus geschehen, und dann müsse sich ja herausstellen, ob man mit der Linken gehen könne, oder ob deren Ablehnung zum Bündnis mit der Rechten zwingt. Es war nicht ganz klar gesagt, ob die Sozialdemokratie von uns wissen wollte, wie wir zu der gegenwärtigen Koalition oder zu der mit der Deutschen Volkspartei ständen. Aber das ist ja im Grunde gleichgültig, da die offiziellen Besprechungen mit der Volkspartei eröffnet sind, bevor man sich an uns gewendet hat.

Wie die Opposition in der Sozialdemokratie auf die Entfaltung dieses Doppelspiels reagieren wird, müssen wir abwarten. Es spricht indessen alles dafür, daß sie den Gang der in Görlich angebahnten Entwicklung nicht mehr aufzuhalten vermag. Das Geschäft wird schließlich zustande kommen.

Seine politische Bedeutung ist auch an dieser Stelle bereits zur Genüge gewürdigt worden. Insbesondere kann über seine unmittelbare Wirkung auf die Arbeiterbewegung kein Zweifel mehr bestehen. Einige Einzelheiten dürfen jedoch noch einmal unterstrichen werden. Es wird sich herausstellen, daß in Görlich so ziemlich alles zerfallen ist, was sich zerfallen ließ, und daß alle die spitzfindigen Berechnungen der rechtssozialistischen Arrangere ein großes Loch haben.

Sie haben sich zum Beispiel — das ist ein offenes Geheimnis — der Hoffnung hingegeben, die Deutsche Volkspartei sprengen zu können. In der Tat gab es dort eine Gruppe, die die Neigung hatte, sich loszulösen und den Deutschnationalen beizutreten. Nach Görlich aber haben diese Separationsbestrebungen vorläufig ein Ende gefunden. Die Abneigung gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ist auch bei dem rechten Flügel beträchtlich herabgemindert, da man nach den Reden, die auf dem Parteitag gehalten worden sind, allgemein der Ueberzeugung ist, mit diesen Revolutionären in zufriedenstellender Weise arbeiten zu können. Der Führer der Opposition, der Abgeordnete Bögeler, kann seine Absicht, sich einstweilen in ein Sanatorium zurückzuziehen, beruhigt wahr machen. Der Auflösungsprozeß ist nicht nur nicht beschleunigt worden, im Gegenteil, die auseinanderstrebenden Teile der Partei hängen jetzt fester zusammen als zuvor.

Ein zweites: Die Ausnahme der Stresemänner in den Regierungskonzern sollte angeblich die Geneigtheit des Großkapitals, finanzielle Opfer für den Staat zu bringen, erhöhen. Es werde der Regierung, so hieß es, freiwillig die notwendigen Devisen zur Begleichung der Verpflichtungen gegenüber der Entente zur Verfügung stellen. Wir gehen auf das höchst verdächtige Angebot der Industrie zu freiwilligen Opfern hier nicht näher ein. Aber das eine ist sicher, daß ihre Zahlungsbereitschaft nachläßt, je weniger sie zu befürchten braucht, daß aus der Drohung der steuerlichen Erfassung der Goldwerte Ernst gemacht wird. Industrie, Handel und Landwirtschaft wissen zu genau, daß eine Regierung, in der die Volkspartei sitzt, ihren finanziellen Interessen nicht gefährlich werden kann. Sie können den Preis, um den sie sich loszukaufen gedachten, beträchtlich herabmindern. Mag die Sozialdemokratie auch hundertmal die Erfassung der Goldwerte in schönen Resolutionen fordern: auf solchen Kinderschreck fallen ernsthafte Leute nicht mehr hinein.

Weiter: Wirth soll, so wird verkündet, an der Spitze des Kabinetts bleiben. Das kann sehr wohl möglich sein. Der Widerstand gegen seine Person, der in den Reihen der neuen Regierungspartei außerordentlich stark war und ist, mag vielleicht in den letzten Tagen ein wenig gedämpft wor-